

# Bresnener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 824.

Dienstag, 23. November.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Vom Landtage.

## 13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. November. Am Ministerrath Bitter, v. Kameke, Graf zu Eulenburg, v. Puttkamer, Friedberg, v. Bötticher. Die Tribünen sind wiederum überfüllt. Die Verhandlung über die Interpellation des Abg. Hänkel wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Zunächst liegt mir als Vertreter Breslaus die Pflicht ob, den Magistrat dieser Stadt gegen den Angriff des Abg. Reichenberger in Schutz zu nehmen, als habe er das Petitionsrecht verlegt, indem er die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer beantragte, dem weiter nichts zur Last falle, als daß er die bekannte Petition unterschrieben. M. h., das ist nicht richtig. Der Angriff gegen den Lehrer Dr. Fechner ist nicht erfolgt, weil er die bewußte Petition, sondern weil er ein Agitations schreiben unterstrichen hat, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgerufen wird. Fechner ist am Johannes-Gymnasium in Breslau angestellt, einer Anstalt, welche die Stadt als ein Monument des in ihr herrschenden Geistes der Toleranz errichtet hat. (Heiterkeit im Zentrum.) Ihre Größung verzögerte sich Jahre lang, weil der Magistrat in Breslau unter Zustimmung der ganzen Bevölkerung sich geweigert hat, die Anstalt auf rein konfessionelle Grundlage zu stellen. Es ist das Recht der jüdischen Lehrer auf Anstellung an diesem Gymnasium in ganz besonderer Weise im Vordergrund gestellt worden und man war wohl berechtigt, anzunehmen, daß ein Lehrer, der sich um Anstellung an dieser Anstalt beworben, von denselben Grundstücken befleckt sei, welche diese Anstalt ins Leben gerufen haben. Daher die lebhafte Aufregung in der Bürgerschaft und die Erwiderung des Magistrats mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er das Petitionsrecht selbst nicht ausüben wolle, daß er die Ausübung derselben durch den Lehrer F. nicht in Frage stelle, daß aber die Sache sich anders stelle, sofern ihm ein öffentliches öffentliches Auftreten zur Last falle. Die Entscheidung darüber liegt dem Schulkollegium ob und es wird dem Lehrer also nichts Unrechtes geschehen, wenn das Schulkollegium von der Ansicht ausgehen sollte, daß er nur von seinem Petitionsrecht Gebrauch gemacht habe. Zugleich verwahre ich mich und meine Freunde gegen den Vorwurf, daß überhaupt in der Einbringung unserer Interpellation ein Angriff auf das Petitionsrecht liege. Wir hätten allerdings kein Recht dazu gehabt und die Sache unterlassen, wenn nichts weiter vorliege, als eine mit erlaubten Mitteln im Lande verbreitete, der Regierung vorzulegende Petition. Aber man muß den Eindruck haben, als ginge sie nicht lediglich aus den Kreisen einzelner Privatleute hervor. Aus dem Lieberndorf-Schreiben geht hervor, daß die Exemplare der Petition an alle Landratsämter, Superintenduren und andere amtliche Stellen versendet werden sollen. Das setzt eine Übereinstimmung mit den Wünschen der Staatsregierung voraus, welche dieselbe mit Entschiedenheit zurückzuweisen Ursache hatte, damit die Verbreitung der Petition durch die Landratsämter nicht als von oben zugelassen erscheine. Aber das Gegenteil ist geschehen. Der Redakteur des amtlichen Kreisblattes in Langensalza, der betreffende Kreisjäger, hat die Petition mit der Bemerkung abgedruckt, sie sei so überaus maßvoll und verständig, daß wohl Niemand sich weigern werde, ihr beizutreten. Noch andere Beispiele könnten dafür angeführt werden, daß die Behörden einer Störung des religiösen Friedens in der Öffentlichkeit nicht immer so entgegengetreten, wie es hätte geschehen sollen. Ein Vierteljahr lang wurden unangestandet an den Anklagsäulen in Berlin Plakate angebracht, welche die Behörde zu verbieten berechtigt, vielleicht sogar auf Grund des Preßgesetzes verpflichtet war, weil sie zweifellos auf eine Störung des öffentlichen Friedens gerichtet waren oder sie im Gefolge haben könnten.

In der Kontroverse darüber, ob es sich hier um eine konfessionelle oder eine Rassefrage handle, halte ich mich an die wohlwollendste Aussöhnung des Problems, daß eine Entnationalisierung der Deutschen durch den wachsenden Einfluss und die ständige Vermehrung der Juden zu befürchten sei. Herr Birchow hat den letzteren Punkt bereits auf Grund der bis 1871 reichenden, aus amtlichen Quellen geschöpften Statistik des Dr. Neumann beleuchtet. Wenn ihm weiteres Material vorliegen wird, dann wird er seine Untersuchungen vervollständigen und ich bin überzeugt, daß dem Wunsche nach einer Statistik des Judentums Genüge geschehen soll. Dr. Neumann, der ein hervorragendes Werk über die Bevölkerungszahl in Berlin geschrieben hat und von den amtlichen Statistikern durchaus als gleichberechtigt anerkannt wird, kommt zu folgenden Resultaten: 1) die Einwanderung der Juden hat in seinem stärkeren Prozentsatz stattgefunden, als die von Christen; 2) die Auswanderung von Juden hat in gewissen Zeiträumen sogar die von Christen übertroffen; 3) die Einwanderung über die Ostgrenze des Staates ist schwächer, als über die Westgrenze und sehr viel schwächer, als die über die Nordgrenze. Wenn selbst die über die Ostgrenze Einwandernden nur Juden und keine slawischen Elemente darunter gewesen wären, so wären doch immer noch weniger Juden nach Deutschland eingewandert, als Holländer oder Scandinavier. Eine starke Vermehrung der Juden durch Einwanderung ist überhaupt nicht, ihr Anwachsen durch längere Lebensdauer ist nur in geringem Maße festgestellt. Ermittelt werden konnte nur, daß jetzt vielleicht im deutschen Reich etwa 100,000 Juden mehr als vor 50 Jahren leben. Die Aufforderung, daß sie Deutsche werden sollen, hat diesen unter ihnen, die im mittleren höheren Klassen der Gesellschaft stehend sich um Richter, um Lehrer, um Handwerker und in Handel und Wissenschaft eine hervorragende Stellung einnehmen, tief verlegen müssen: sie erklären, ehrlich überzeugt zu sein, von jeher gute Deutsche gewesen zu sein und sich als solche bewährt zu haben.

Perr von Heydebrand folgert daraus, daß die Mitbürger jüdischen Glaubens, die in dieses Haus oder in den Reichstag gewählt sind, auf der linken Seite Platz nehmen, daß sie mit den staatlichen Zuständen noch immer nicht versöhnt seien. Ich bestreite diese Folgerung durchaus (Sehr wahr! links), sehe vielmehr gerade ein Zeichen der Zufriedenheit, der Anerkennung für die Gesetzgebung, die wesentlich unter unserer Mithilfe zu Stande gekommen ist. (Lachen rechts.) Sie finden auf liberaler Seite die volle und ungeteilte Anerkennung des Grundtages der Gleichberechtigung der Konfessionen, auf dem von der anderen Seite mehr oder weniger gerüttelt wird, so daß er geradezu als ein Kriterium der Unterscheidung zwischen liberal und konservativ betrachtet werden kann. Ein Zeichen der nicht vollzogenen Ausgleichung zwischen dem jüdischen und germanischen Element soll es sein, daß die Juden keine schweren Arbeit thun, daß sie nicht Handwerker werden wollen. Aber gerade dies wird von einsichtigen Juden am meisten bedauert, gerade sie wün-

schen, daß die Juden sich an schwerer Arbeit beteiligen und Hammer und Hobel führen lernen sollen. Wie ist das aber möglich, wenn man ihnen nicht entgegenkommt, wenn ein christlicher Meister sich weigert, einen jüdischen Knaben als Lehrling aufzunehmen? Die auf konservativer Seite ausgegebene Parole: „wählt keinen Juden!“ hält euch von den Juden fern!“ vergrößert nur die Spaltung und macht die von den Juden verlangte Ausgleichung, deren Mangel ihnen vorgeworfen wird, unmöglich. Aus einem Schreiben der alliance israelite hat Herr von Heydebrand den Passus verlesen, das Judenthum fange an eine Macht zu werden. Hält er sie wirklich für eine politische Organisation? M. h., sie ist nichts als ein großer Wohlthätigkeitsverein (Widerspruch rechts), eine Geldsammlung für die Juden in der Türkei und im Orient in erster Linie zur Begründung von Schulen, zunächst von Ackerbauschulen, und Cremieux Wort, das Judenthum fange an eine Macht zu werden, fann unter den obwaltenden Umständen offenbar nichts weiter sein als eine wohlgemeinte Phrase (Heiterkeit rechts). Der Alliance wird niemals nachzuweisen sein, daß sie jemals den Zweck verfolgt habe, eine politische Macht zu erreichen. Wenn nun jetzt der Ausdruck „Judenheze“ gebraucht wird, so beschweren wir uns darüber, daß, was niemals politisch erproblich oder sittlich erlaubt ist, der Name „Jude“ überhaupt schon als ein Brandmal gebraucht wird, daß man mit dem Menschen, seinen Besitzungen, Tendenzen und Gedanken fertig ist, sobald man behauptet hat, der Mann sei ein Jude, ein Semit. Und das geschieht nicht nur tatsächlich, sondern wird prinzipiell als das Richtige behauptet. Es ist ein Unrecht, gewisse franke und verwerfliche Bestrebungen der Zeit unter dem Namen „Judenthum“ zusammenzufassen. Ist es im deutschen Interesse, die Frage der Rasse in diesem Sinne aufzuwerfen, wie Sie es dem Judenthum gegenüber thun? Der Deutsche steht in vielen Ländern genau ebenso da, wie der Jude bei uns. Die jungen Kaufleute in den Hansestädten gehen nach Buenos-Ayres, Madras, Shanghai, Singapore hinaus, um sich dort ein Vermögen zu erwerben und sich dann heimgekehrt dem öffentlichen Dienst in ihrer Vaterstadt zu widmen. Ihnen haben wir zu verdanken, was wir in Welthandel und an Aufschwung unserer industriellen Bestrebungen besitzen. Würde uns das zerstört, so würden wir tief zurückgeworfen: aber wie können wir das Recht haben diese Beziehungen gepflegt zu sehen, wenn wir in dieser Weise gegen Andere verfahren, die in unserer Mitte Handel treiben und kapitalbildend arbeiten? Die „Times“ bezeichnet als Motiv der Judenheze, daß der Deutsche mit den Juden nicht konkurrenzen zu können befürchte, weil er ein unfähiger Handelsmann sei, gewöhnt an eine kleinliche, främerische Behandlung und außer Stande sich die durch Schaffung der deutschen Einheit geschaffene Konjunktur zu Nutze zu machen; hier trete der Jude an seine Stelle und daß erfülle den Deutschen mit Hass und Neid. Ich halte es für geboten mit dem vollen Stolz eines Deutschen eine solche Aussöhnung als völlig unbegründet zurückzuweisen. Der deutsche Kaufmann ist dem ausländischen in allen Welttheilen ebenbürtig, vielleicht überlegen und hat das bewiesen. Jene Handelskolonien in Ostasien und Amerika sind zum größten Theil in den Händen des deutschen Handelsstandes und in verschwindend kleinem Maße in den Händen der Juden, die Handelstüchtigkeit der Deutschen kann also gar keinem Zweifel unterliegen. Ich erkenne mit vollem Dank an, daß die Herren v. Heydebrand, Reichenberger und Windthorst nicht allein erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten, sondern auch, daß sie gegen die kleinliche Form der Judenheze sich mit einer Entschiedenheit erklärt haben, die ihrer distinguierten Stellung zufolge kommt. Aber sie haben ihre Hände in Unschuld gewaschen und gesagt: wir müssen der Bewegung ihren Lauf lassen, wir können nichts dagegen thun. Ich glaube im Gegenteil, daß es im gemeinsamen Interesse der Parteien liegt, dahin zu wirken, daß eine so unberechtigte Bewegung erstickt werde. (Beifall links.)

Abg. Bachem: Das Facit der bisherigen Verhandlungen ist das, daß die überwiegende Mehrheit des Hauses, vielleicht nur mit Ausnahme der Interpellanten, die Interpellation als inopportunit und sachlich unberechtigt auffaßt. (Widerspruch links.) Diese Ansicht geht sogar weit in die nationalliberale Partei hinein, wie eine Neuersetzung ihres offiziösen Organs beweist. Weder die Regierung noch irgend eine Partei des Hauses deutet daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Israeliten in Frage zu stellen, ein Angriff, dem die Interpellation vorbeugen will. Aber die große Mehrheit ist auch nicht geneigt, mit dem Abg. Hänkel die antisemitische Bewegung „rund und voll zu verurtheilen“. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Diese Lage der Dinge war vorherzusehen, denn man konnte doch eine andere Stellungnahme der Regierung und des Hauses nicht erwarten. Die Fortschrittspartei kam zu dieser Interpellation, die doch keine materielle Veranlassung hat, nur deshalb, weil sie sich wesentlich als eine Berliner Partei fühlt. (Sehr wahr! rechts.) Sie lebt und webt in der Atmosphäre Berlins und gewisser Städte, deren Verhältnisse denen Berlins analog sind. Die Interpellation ist hervorgegangen aus einer Verwechslung des Abgeordnetenhauses mit den Berliner Stadtverordneten. (Große Heiterkeit.) Der Irrtum, daß Sie im Stande seien, im Berliner Sinne zu Ihren Gunsten öffentliche Meinung zu machen, mußte Ihnen benommen werden. Gerade in den Städten, in welchen die antisemitische Bewegung besonders hervorgetreten ist, handelt es sich nicht um den Schutz einer unterdrückten Minorität, sondern um die Abwehr des fortschrittlich jüdischen Terrorismus. Ein Freund aus Breslau autorisiert mich zur Charakterisierung der dortigen Zustände mitzutheilen. Der als ein Mann von sehr wohlwollender Gesinnung bekannte Kommandant, Gen.-Lieut. v. Wulffen, hat die antisemitische Petition unterschrieben. Das Begleitschreiben hat er nicht unterschrieben, sein Name wurde vielmehr von Anderen darunter gelegt, aber um die Herren nicht zu desavouieren, hat er ihn darunter gelassen. Er war doch aber nicht gerade provokatorisch hervorgetreten. Das veranlaßte einen angesessenen breslauer Banquier, ihn in einem Schreiben zur öffentlichen Revocation aufzufordern (Lachen rechts), widergenfalls der Banquier gegen Se. Exzellenz mit Rücksicht auf gewisse, demselben bekannte Thatsachen vorgehen würde. Herr v. Wulffen antwortete zuerst, doch gestaltete sich die Korrespondenz bald so, daß er davon Abstand nehmen mußte. Nun veröffentlichte die „Breslauer Zeitung“, deren Eigentümer Israelit ist, die Korrespondenz mit dem Bemerten, der Banquier habe den General durch Kündigung eines Darlehns in große Verlegenheit gesetzt. Diese ganze Geschichte war vollständig erlogen. (Hört! rechts.) Sodann brachte die „Schlesische Presse“, deren Eigentümer ebenfalls Israelit, das bekannte „Eingeändert“, in welchem dem General die allerschändlichsten Schmähungen des Judentums fälschlich in den Mund gelegt wurden. Die Unterschrift war gefälscht; jetzt erklärt die Zeitung sich für

Unterseite 20 Pf. die fehlgespastene Petition oder deren Raum, welchen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werben für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

dupliziert und setzt einen Preis auf Ermittlung des Fälschers. (Abg. Richter: Was soll das beweisen?) Der General wurde der allgemeinlichsten Niederer ausgesetzt, z. B. er habe den Wein zur Hochzeit seiner Tochter noch nicht bezahlt; blos weil er das Verbrechen begangen hatte, die Petition zu unterzeichnen! Er suchte nun nach einem Rechtsanwalt, um den verlogenen Anklagen gerichtlich zu begegnen. Aber da zeigte sich wieder der jüdische Terrorismus. In ganz Breslau fand sich kein christlicher konservativer Rechtsanwalt, der den Mut hatte, gegen den jüdischen King vorzugehen, mit Ausnahme eines jungen katholischen Anwalts. Ist das nicht Terrorismus der jüdischen Presse? (Sehr richtig! rechts.) Analog liegen die Verhältnisse in Frankfurt a. M. Trotzdem ist hier Niemand, der Annahme-Mafregeln gegen die Israeliten befürworten wollte, und sollte die Regierung, was nach allen Antecedenten nicht anzunehmen ist, jemals solche Mafregeln beantragen, so würden Sie (die Interpellanten) das Zentrum auf Ihrer Seite finden. Da nun der Abg. Hänkel die Judenfrage ganz allgemein aufgeworfen hat, so müssen wir dieselbe auch mit Ernst, Besonnenheit und Gründlichkeit behandeln, und das will ich mit Offenheit. Die Judenfrage ist vorzugsweise eine wirtschaftliche, darum ist sie in den wirtschaftlich schwachen Ländern, den Donauländern, Russland und den polnischen Landesteilen Preußens am iennendsten. Unbestreitbare Thatssache ist es, daß in den letzten Dekaden sich eine ungeheure Verschiebung des Mobiliar- und Immobilienbesitzes zu Gunsten der Juden vollzogen hat. Diese Thatssache kann man nicht mit dem Hinweis auf den Reid befeitigen. Sie erklärt sich auch nicht aus der größeren Betriebsamkeit und Intelligenz der Juden. Ich erkenne die größere Nüchternheit und geschäftiges Gewandtheit der Juden an. Aber jene Thatssache erklärt sich wesentlich daraus, daß ein verhältnismäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung sich verwerflicher und unmoralischer Mittel zum Erwerb des Vermögens bedient hat. Juden sind die Hauptträger des Börsegeschäfts, dessen sehr bedenkliche Auswüchse den Eisenbahminister zu der Bezeichnung als Gifbaum veranlaßten. Ich will den in den letzten Tagen ohne Veranlassung überschwenglich gerührten Patriotismus der Juden nicht angreifen. Aber für die norddeutsche Bundesanleihe wurden 1870 von der wesentlich in jüdischen Händen befindlichen Berliner Börse nur 3 Millionen Mark gezeichnet, und erst als die Schlacht bei Wörth geschlagen war, da drängten sich diese Kreise an den Finanzminister, der jetzt erklärt, daß er sie nicht mehr brauche. Dagegen wurde die französische Kriegsanleihe von deutschen, wesentlich jüdischen Banquiers mehrfach überzeichnet. Das internationale Getreidegeschäft ist wesentlich in jüdischen Händen. In diesem Augenblick verdecken wir ihnen dezentlichen Manipulationen die Vertheuerung des Brodes des armen Mannes. (Widerspruch links.) Die Erfahrungen der einzelnen Herren, namentlich aus den östlichen Provinzen, werden es bestätigen, daß ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung Träger des unloslichen Geschäfts ist, das den redlichen Erwerb zu Grunde richtet, und zu dessen gewöhnlichsten Mitteln die Zahlungseinstellung gehört. Das ist der Kern der Judenfrage. Auf dem Lande, namentlich im Osten, ist eine verhältnismäßig große Zahl von Juden dem gewöhnlichen Böucher ergeben. Der Finanzminister hat das bei der oberösterreichischen Notstandsvorlage ausgesprochen. Es ist also nicht Reid, sondern berechtigter Unmuth- und Erbitterung der christlichen Bevölkerung, wenn sie sieht, wie der Jude durch Ausbeutung der Not, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit des Mittel gewinnt, um seinen Kindern eine bessere wissenschaftliche Bildung zu geben. Dem aber muß durch eine Reform der sozialen Gesetzgebung abgeholfen werden, die zu sehr das Kapital beginnt und vergessen hat, daß die Gesetzgebung für das Wohl aller Klassen gleichmäßig zu sorgen hat. Die Judenfrage ist aber auch eine sittliche religiöse. Ueber die wahrhaft vergiftende Wirkung der unglaublichen reformjüdischen Presse, die speziell in Berlin eine so gewaltige Macht über die öffentliche Meinung hat, sei nur Einiges gesagt. Giebt es etwas Frivoleres, Übermuthigeres, Cynisches als diese Presse, etwas Unmündigeres als diese Zeitblätter (Abg. Löwe: Die „Berliner Wahrheit“), deren ätzender Witz zu erquickendem Humor sich verbüttet wie Schwefelsäure zu edlem Wein. Wie hat diese Presse in den traurigen Jahren des Kulturfamps die christlichen Konfessionen gegen einander verhetzt! Wie hat man gerade hier während des Kulturfamps die Katholiken beschimpft. Man spricht von dem Vermächtnis Lessings; ich wünsche nicht diese Vernichtung der Religionen und Vermengung, die ohnehin nicht möglich ist. Wir können friedlich in unserer verfassungsmäßigen Parität neben einander leben. Die katholische Presse hat ebenso die Aufgabe, auf jene Gefahr aufmerksam zu machen, und das hat sie im Westen und in dem in Berlin erscheinenden Organ mit Nachdruck, Ernst und Besonnenheit gethan, und wo sie im einzelnen Fall die Grenze überschritten hat, da war sie vollständig entschuldigt durch die maßlosen Herausforderungen von der anderen Seite.

Abg. Richter: Jetzt verstehe ich, warum der Abg. Windthorst vorgestern so scharf betonte, daß er nur für seine Person spreche. Seine Rede hebt sich sehr vortheilhaft von der eben gehörten ab. Es wäre für das Centrum besser gewesen, es bei dem einen Tage beworden zu lassen, anstatt der Rede seines Führers einem Herrn aus dem zweiten Rang folgen zu lassen. (Lachen im Centrum.) Das Schlimmste in ihr sind die allgemeinen Verdächtigungen des jüdischen Charakters und, ohne an Thatsachen anzuknüpfen, die Sprechweise: ein wesentlicher stärkerer Theil der jüdischen, als der christlichen Bevölkerung, sucht in jeder Weise zu unterdrücken, durch Betrug und unrechte Mittel zum Reichtum zu gelangen. Wo ist die Statistik, die das nachweist? (Ruf rechts: hier!) Im Gegenteil, die Kriminalstatistik ist für die Judentum durchaus günstig. Der Vorredner appelliert an meine Kenntnis der Börse in Bezug auf die Nationalanleihe von 1870. Damals wurden nur 30 Millionen gezeichnet, weil im ersten Moment allgemeine Unruhe die Geschäfte ergriffen hatte (Aha! rechts), wo jeder baares Geld haben mußte. (Unterbrechung durch den Abg. v. Ludwig.) Herr von Ludwig, Sie verstehen wahrscheinlich kaum, was ich sage. (Heiterkeit.) Bei den Ausschreitungen des Gründer- und Schwindlerweins, die hier im Hause konstatiert wurden, standen da die Juden an der Spitze? (Rufe rechts und im Centrum: Ja!) War der Fürst Putbus ein Jude? Der Herzog von Ujest ein Jude? Der Geheimrat Wagener ein Jude? Aber Lasker war ein Jude! (Ruf: Strousberg?) Den konservativen Strousberg schenken wir Ihnen. Lasker, ein Jude, war es, der in diesem Hause zuerst jenem schmachvollen Gründungstreben, das bis in die höchsten Kreise hinaufgriffen hatte, die Larve abriß; ein Jude war es, der jene allerböse Kabinetsordnung zur Thatssächlichen Feststellung des Gründertreibens hervorrief. (Ruf rechts: was ist denn festgestellt worden? Abg. v. Ludwig: Das ist ja unglaublich, was der Mann sagt!) Gewiß,

der Wucher ist schändlich; aber gibt es denn blos jüdische Wucherer? Es gibt auch sehr christliche Wucherer, sogar in der heiligen Stadt Köln. Ein Mittel gegen den Wucher sind allerdings die Volksbanken, die wesentlich von liberaler Seite aus angeregt wurden, aber von den Führern der katholischen Bewegung durch die fortwährende Verquälzung mit krichlichen und religiösen Zielen nicht in dem Maße gefordert wurden, wie es zur Bekämpfung des Wuchers zu wünschen war. Und wer steht an der Spitze der größten Berliner Volksbank gegen den Wucher? Wiederum ein Jude, Dr. Straßmann, der so mälos angegriffen wird. Der Kulturskampf hat ja zu Auszuschreibungen geführt, die Niemand mehr bedauern kann als ich (Lachen im Zentrum), aber wer ist denn an ihnen Schuld? Die, welche den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet haben. Ist aber auf jüdischer Seite irgendwo den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet worden? Und doch hat die jüdische Bevölkerung eine Gesetzgebung, die sie weit mehr beschränkt, als die katholische Kirche. (Widerspruch im Zentrum.) Kennen Sie nicht das Gesetz von 1847, das noch heute der Regierung Rechte in die Hand giebt, die in die Verhältnisse der Synagogengemeinden tief einschneiden, das Recht der Beanstandung jüdischer Kultusbeamter, wobei die Rechte der Verwaltungsbehörden vielfach weiter gehen, als den Katholiken gegenüber? Haben Sie jemals gehört, daß von jüdischer Seite dem Staatsgesetz Ungehorsam geleistet wäre? Sie sprechen von der Judenpresse, — sagen Sie es doch offen heraus, es ist die liberale Presse, die ihnen nicht gefällt. Neulich wurde die „Posener Zeitung“ hier als ein jüdisches Organ angegriffen; meder ein Verleger noch ein einziger Redakteur der „Posener Zeitung“ gehört der jüdischen Religion an. Der Jude hat das „Posener Tageblatt“, der Jude ist Besitzer des Regierungsbuches. Bei der „Posse“ (Posse) Zeitung, die Herr Stöcker ein besonderer Grübel ist, gehört kein Verleger, kein Redakteur der jüdischen Konfession an. Nein, die Juden schlägt man, die Liberalen meint man. Herr Bachem selbst spricht von der jüdischen fettchriftlichen Presse. Weil man die Liberalen nicht in ihren Grundsätzen bekämpfen kann und ihnen gegenüber in den großen Städten ohnmächtig ist, darum wird der Hass zu Hülfe gerufen, nicht blos um das Judentum zu bekämpfen, sondern um sich mit den konservativen Verbündeten über Wasser zu halten. Das ist der Kern der Sache. Nun sagen Sie, die Interpellation sei inopportunit gewesen. Da, für Sie, das glaube ich, wir sind mit ihrem Erfolg sehr zufrieden. Waren Sie mit dem Sonnabend ebenso zufrieden, dann hätten Sie nicht nötig gehabt, zu unserer Überraschung den Montag noch als zweiten Tag hinzuzufügen.

Meine Herren, es war gerade Zeit gegenüber einer Bewegung, die sich zu organisieren anfangt, die öffentliche Meinung aufmerksam zu machen, was dort im Lande vorgeht. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus soll das Gewissen der Nation vertreten, an dieses appellieren wir gegenüber jener im Dunkeln schleichen Bewegung. (Unruhe.) Die Interpellation, das war die Leuchtkugel, die auftauchte, um alle jene Mitarbeiter zu kennzeichnen vor dem Volke, die jetzt thätig sind, jene Bewegung wachgerufen. Jetzt ist die Aufmerksamkeit im Lande darauf gelenkt, jetzt sind die Kräfte wachgerufen, jetzt sind Sie aus der Offensive in die Defensive geworfen (Widerspruch), das ist, was Sie inopportunit finden, wir aber nicht. M. Q., warum ich mich zum Worte gemeldet habe, bevor der Abgeordnete Bachem gesprochen hat, das ist, weil das Wort wieder durchdrungen ist aus der Debatte vom vorigen Sonnabend vom christlichen Volk, vom christlichen Staat. Da scheint es mir doch an der Zeit zu sein, eine Aeußerung ins Gedächtnis zurückzurufen, die vor 33 Jahren auf dem vereinigten Landtag in jener Debatte über dieselbe Frage gesprochen wurde. Der Mann, der sie sprach, war ein scharfer Gegner unserer Partei, es steht ein gut Stück junger in ihm, es war der Freiherr v. Vincke. (Redner verliest die Stelle, in der sich auch der Passus findet: „Die jüdische Religion enthält keine Vorschriften, welche die Juden verhindert, ebenso gute Staatsbürger zu sein, als wir Christen.“) Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, der fortschreitenden Reaktion, daß man heute nach 33 Jahren auf das zurückkommen muß, was damals in jener Debatte gesagt worden ist. Ich glaube, die Freunde des Abg. Bachem hätten am meisten Veranlassung, sich zu verwahren gegen einen solchen Verdikt. Staat und Religion, Staat und Christentum zu identifizieren, denn vom christlichen Staat zum protestantischen Staat, zum evangelischen ist nur ein Schritt, es ist sogar die logische Konsequenz des Gedankens. Sie selbst, als Sie sich bei der Frage der Simultan-Schulen vermauerten, daß die Schulen nur eine allgemeine christliche Unterlage haben sollten mit den Worten: nur in Gestalt einer bestimmten Konfession wird das Christentum lebendig, haben damals diesen Grundsatz nicht anerkannt. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, welche in dieser Weise Christentum, Religion und Staat mit einander in Verbindung bringen wollen, in der That weiter gedrängt werden und zuletzt beim konfessionellen Staat ankommen müssen. Wir sehen es ja, daß auf jener Seite die weitere Schlussfolgerung gezogen wird in der Frage der Simultan-Schule, da sollen nun schon die Kinder beim Unterricht getrennt werden nach ihrer besonderen Konfession, da ist ja gar nicht mehr die Rede von christlichen Schulen gegenüber jüdischen Schulen, sondern da heißt es, evangelische und katholische Schulen. Auf dem Katholitentage in Breslau ist sogar eine Resolution angenommen worden, wonach eine weitere Trennung in den geistlichen Verhältnissen und in den persönlichen Beziehungen zu einander eintreten soll und es verlangt wird, daß so viele Mischungen geschlossen werden, und es Pflicht der Eltern sei, dies zu verhindern, und Pflicht der katholischen Jünglinge und Jungfrauen, Befanntheiten mit Andersgläubigen zu vermeiden. (Sehr richtig! im Zentrum, große Unruhe.) Ja, man geht noch weiter. Der Kollege Dr. Franz sagte auf jenem Kongreß, wo er die Mittel angab zur Bekämpfung des Handwerkerstandes und empfahl, seine Bedürfnisse beim selbständigen Handwerker zu kaufen: „Sie wissen schon, was ich meine.“ — Stimme aus dem Publikum: „Nicht beim Juden!“ Ich halte das für ganz außerordentlich wichtig. M. Q., bisher hat noch keine politische Partei seine Glaubenspartei diese Sonderung selbst in das geschäftliche Leben getragen. (Widerspruch im Zentrum.) Nein, m. Q., es hat einen Fall gegeben im deutschen Reichstag. In Altona bei einer Wahl haben die Sozialisten aufgefordert, daß man fünftig nicht mehr bei einem Kramärausfall soll, der nicht Sozialist sei, und als das im Reichstag berührt wurde von dem Abgeordneten Lasker, da trat der Abg. Bebel auf und sagte: Wir desavouieren unsere alten Parteigenossen, nein, daß wollen wir nicht, so scharf sind unsere Gegenseiter nicht. Ich will mich freuen, wenn nun hier auch aus dem Zentrum erklärt wird, wie man über die Judenfrage denkt, sie halten es nicht für richtig, diese Fragen auf die geschäftlichen Beziehungen unter einander übertragen zu ziehen. Meine Herren, Sie seien wohl solche Bestrebungen wollen. Das bleibt ja nicht bei den Juden stehen, das heißt doch schließlich, die Nation nach allen Richtungen auseinanderreissen. (Sehr richtig! links.) Ich bin der Meinung, es ist in der That, eine antinationale Bewegung, die sich gegen das einheitliche Deutschland fehrt, das unter so vielen Opfern im Jahre 1871 geschaffen worden ist. (Sehr richtig! links.) Wenn nun aber gesagt worden ist, daß ein besonderer Mut dazu gehört habe, in dies sogenannte Wespennest zu stechen, so muß ich sagen, wenn es ein Mut ist, so ist es nach meiner Auffassung ein trauriger Mut und ich halte es nicht einmal für besonders mutig, gegen eine Bevölkerungsklasse, die eine kleine Minorität, selbst hier in Berlin nicht einmal der Bevölkerung darstellt, aufzutreten, zumal wenn man weiß, daß es mächtige Leute gibt, die den Juden so etwas gönnen. Meine Herren, Mut gehörte heute dazu, wenn andere Geistliche die protestantische Glaubensfreiheit gegen eine kleine orthodoxe Clique (aha! rechts) zu vertheidigen wagen, nicht aber auf die Juden zu hetzen. Meine Herren, ich bin bekannt als einer, der die sozialdemokratische Bewegung von Anfang an auss festigste bekämpft hat; das muß ich aber sagen: in meinen Augen ist jene christlich-soziale Bewegung viel

verdächtiger als die sozialdemokratische. (Ruf rechts: Für Sie!) Meine Herren, die Sozialdemokraten sind ausgewiesen, die Träger der christlich-sozialen Bewegung bleiben in Ansehen und Würde im Kreise der Mächtigen. Das Gemeinsame dieser beiden Bewegungen ist das, daß sie überall den Staat vorstellen; sie sagen in ihren Flugschriften, in ihren Wahlaufrufen für Herrn Stöcker: die Gesetzgebung ist schuld, daß ihr Arbeiter mit Web und Kind am Hungertuch nagt! Dafür ist es gekommen in der Bevölkerung und versprechen dann: ja wenn erst die Gesetzgebung in unserem Sinne geändert wird, werdet Ihr glücklich sein, dann wird die große Kluft, die jetzt besteht zwischen Reichtum und Armut verschwinden. (Redner verliest eine darauf bezügliche Stelle aus einer von dem christlich-sozialen Verein als Flugblatt Nr. 3 offiziell publizierten Rede des Herrn Stöcker). Meine Herren! Ich weiß wohl, daß Herr Stöcker in seinen Reden dem Privateigentum einen größeren Spielraum läßt als den Sozialdemokraten, aber es tritt in der Gesamtheit mehr zurück. Er ruft die Verantwortlichkeit des Staates an, die den Leuten helfen soll, der Staat habe Schuld an den vorhandenen Zuständen. Nichts aber finden Sie in jenen Reden von dem Sas: hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen, oder: Jeder ist seines Glückes Schmied, nichts von der Macht der christlichen Liebe, die dem Anderen helfen soll. Nein, Herr Stöcker weiß dies ausdrücklich in seinen Reden zurück, er empfiehlt gerade so, wie die Sozialisten, die Staatshülfe. Meine Herren! Es ist ein Glück, daß solche Vorstellungen in den germanischen Völkerklassen zum Unterschied von den romanischen nicht vorherrschend sind, daß bei ihnen das Bewußtsein des Individuums, der Selbstverantwortlichkeit lebendiger ist, daß man im Staat wohl eine Stütze sieht, die viel helfen kann, aber nicht geneigt ist auf den Staat die Verantwortlichkeit für seine Christen zu wälzen. Gehen solche Vorstellungen im Volke Platz, so können wir in französische Zustände; dort freilich ist es lebendig, wenn Misstände sich zeigen, ja wenn die Ernte mißrath, fehrt sich die ganze Unzufriedenheit gegen den Staat, der ist verantwortlich, und was folgt daraus? Keine Staatsregierung, kein politisches System ist im Stande, solche Unzufriedenheit zu bannen, weil der Staat unmöglich in der Lage ist, solche Ansprücherungen zu erfüllen und deshalb sehen Sie dort in Frankreich Revolutionen auf Revolutionen, kein Regierungssystem macht es den Franzosen recht. Hüten wir uns ähnliche Vorstellungen zu erwarten von der Macht des Staates. Konservative und Liberale sollten gleichmäßig fernhalten, daß im Volke Ansprüche an den Staat groß gezogen werden, die kein Regierungssystem wahr machen kann. (Sehr gut!) Nicht minder ist den Christlich-Socialen mit den Sozialisten die Methode der Agitation gemeinsam. In gleicher Weise erregen sie Klassenkampf, nähren den Neid und die Missgunst. Nach einem Berichte der „Post“ tritt dort ein Redner auf und erklärt, daß das Reichsgesetz von 1869, welches die Gleichberechtigung der Konfessionen erklärte, im Wesentlichen die Schuld trage an den jetzigen Nebelständen. Mustern Sie andere Berichte der Presse, wie Herr Stöcker gegen das mobile Kapital austritt. Er hält den Sozialisten vor, daß sie nicht genug die Börse angegriffen hätten, sondern nur die Meister und Fabrikanten. Bleichröder habe mehr in seinem Vermögen — so sagt Herr Stöcker — als alle evangelischen Geistlichen zusammenommen. (Große Heiterkeit.) Nach solchen Reden wird eine Pause bis zur Diskussion gemacht. Die Aufrégung und der Tumult lassen dieselbe nicht zu, Herr Stöcker muß die Versammlung schließen, theils Schlägerei, theils Beleidigungen kommen vor, wie: „Sie langnäfiger Judenbengel, Sie sind ja blos Gai“, ein anderer erwidert: „Ich habe 10 Pfennige Entrée bezahlt und kann bis zum Ende der Vorstellung hier bleiben.“ (Große Heiterkeit.) Großes Gejohre, man läßt Stöcker und Laßalle leben, Brieften und Schreien; viele dieser Versammlungen müssen deshalb wegen Tumults geschlossen werden. (Abg. Stöcker: es ist nie eine deswegen geschlossen worden.) Das ist das besonders Perfidie. Die Bewegung schreibt sich nicht wie bei den Sozialisten gegen Bevölkerungsfrage, diese könnten ja geändert werden, sondern gegen die Menschen als Stamm, sie bleiben Juden und können doch nur todgeschlagen oder ausgewiesen werden. Weit mehr untergräbt dies den öffentlichen Frieden als der Sozialismus. Es drängt sich die Frage auf, woher die Geldmittel fließen für die antisemitische Presse? Es wäre uns sehr lieb, zu hören, daß hier der Reptilienfonds nicht im Spiele ist. Wahrlich, die Regierung sollte sich hüten, auch unter der Firma „christlich-sozial“ noch einmal mit dem Feuer zu spielen. Als die sozialistische Bewegung in Berlin zuerst auffam, war es ähnlich wie jetzt. Als Lassalle vor den Gerichten des Landes im Namen des Königs wegen Hochverrat und Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, hielt der Reichskanzler mit ihm seine vertraulichen Konferenzen. Wie waren nachher die Verhältnisse zwischen Schweizer und dem Geheimer Rath Wagner? Woher bekam Schweizer damals die Mittel zu seinem ersten Aufstehen in Berlin? Als sozialistische Banden das Versammlungsrecht aufhoben und Versammlungen sprengten, erwiderte der Minister Graf Eulenburg auf unsere Interpellation: Mögen die Sozialisten sich mit der Fortschrittpartei um das Lokal prügeln, für welches auch sie eine polizeiliche Anmeldung gemacht. Die Einmischung der Polizei würde die Bögelei nur vermehren, deshalb bleibt sie auf der Straße stehen. Mit solcher wohlwollenden Neutralität behandelte man die Sozialisten in den Anfängen der Bewegung. Erst als jene schlimmsten Attentate als legitime Ausläufer hervortraten, dachte man anders. Wir hatten rechtzeitig gewarnt. (Lachen rechts.) Gewiß schon 1865. (Hört! links.) Auch damals drohten die Konservativen der Fortschrittpartei, wie heute mit den Christlichsozialen in Berlin, mit dem Massenschwitz sozialistischer Arbeitervataillone. Schulze-Delitzsch erwiderte mit dem Hinweis auf das Rätsel der Sphinx, zwei Natiuren wohnten im Menschen, die göttliche und die thierische. „Guten Sie sich“, rief er zu den Konservativen, mitzuhelfen, die wilden Leidenschaften, die Bestie herauszuordnen, sie wird mit ihren Löwenklauen Diejenigen zuerst zerreißen, die sich solches unterfangen.“ Haben die Christlichsozialen erst in den Massen die wilden Leidenschaften entflammt, vor den Geistlichen werden sie nicht respektvoll stehen bleiben. (Unruhe und Bewegung.) Ich kann den Herren am Ministerium hier keine Beziehung zur antisemitischen Bewegung nachweisen. Doch überall sehen wir dabei diejenigen, die man so nennt, die sich selbst so nennen, „die Leute des Kanzlers“, von Moritz Busch bis zu den Hintermännern der „Nordd. Allg. Ztg.“; aus der nächsten Umgebung des Kanzlers, ja sogar einschließlich des Herrn v. Treitschke. (Oho, rechts.) Alle diese sind freiwillig bei der antisemitischen Bewegung thätig und, wenn der Reichskanzler selbst nichts damit zu thun hat, es wird doch im Lande nicht geglaubt. Wenn die Träger der Bewegung nicht auf den Reichskanzler vertraut, woher sonst erklärt sich die Dreistigkeit ihres Aufstretens? Wo hat einer der Unterzeichner des Aufrufs sich sonst schon in öffentlichen Fragen so hervorgethan? Die Lehrer schicken Kartellträger umher gegen diejenigen, welche die Sache beim richtigen Namen nennen. Woher ihre Dreistigkeit, Landräthen und Bürgermeistern und Superintendenten im Lande die Petition mit der Anspruchnahme ihrer Hilfe zu schicken? Sie glauben dem Reichskanzler einen Gefallen zu thun. Um dem gegenüber der Regierung Gelegenheit zu bieten, sich einschließlich des Reichskanzlers über ihre Stellung zur Sache auszusprechen, haben wir die Interpellation gestellt. Wir freuen uns ihres Erfolges und wünschen, daß im ganzen Lande eine kräftige Reaktion der öffentlichen Meinung diese antisemitische Bewegung niederschlägt, die wahrlich nicht zur Ehre und Zierde unseres Landes gereicht. (Lebhafte Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Stöcker: Der Herr Vorredner hat seine Freude darüber ausgesprochen, daß er die antisemitische Bewegung in die Defensive gedrängt habe. Ich hoffe, er wird sehr bald bemerken, daß sie noch immer den Mut hat, zur Offensive überzugehen. Der sittlichen Entfaltung, welche mir von jener Seite mehr als einmal entgegengetragen ist, stehe ich in voller sittlicher Rüstung gegenüber. Ich bin mir der ganzen Verantwortlichkeit bewußt, die in diesem Moment auf meinen Schultern liegt (Hört), dafür, daß ich in diese Bewegung eingetreten bin, dafür, daß ich jetzt in dieser großen Stunde, wo diese gewaltige Frage

sich in großem Stil vor der Landesvertretung entrollt, reden darf. Ich stehe hier nicht allein. Hinter mir stehen Millionen, darunter sehr viele von der Partei des Redners, der eben gesprochen hat. (Hört!) Wenn der Fortschritt fortfährt, sich mit der Judenfrage zu identifizieren, wie er es bisher getan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten, und ich wünsche das in vom Herzen. Trotzdem kann ich Sie versichern, daß ich in (Heiterkeit links.) Gewiß! Ich glaube auch, daß trotz Allem das Resultat dieser Diskussion ein Friede sein wird, — aber nicht der faule, der schlechte Friede, in dem wir in Berlin bisher gelebt haben, gehet wie ein mildes Thier von den Juden (Lebhafte Beifall rechts, Lärm links), sondern der ehrliche Friede der gegenwärtigen Anerkennung und Achtung, dem Sie jedem, wenn er mit ehrlichen Waffen kämpft, nicht verlagen werden. Was aus der Rede des Abg. Richter einigen Eindruck gemacht hat, war die Verlesung des Berichts über eine von mir abgehaltene Versammlung. Diese Berichte sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Als ich die erste sogen. Judenrede gehalten habe, war ein Israelit gegen mich aufgetreten, ein Mann, der nachher schrieb, es sei in der damaligen Versammlung sehr anständig zugegangen, während das Berliner „Tageblatt“ einen entgegengesetzten, völlig gefälschten Bericht brachte. Der erwähnte jüdische Herr sandte darauf dem „Tageblatt“ einen Brief, den dieses indeffen nicht annahm. Ich habe am vorigen Freitag, unmittelbar vor unserer Debatte, unter den größten Aufregung, die in unserer Stadt herrschte, eine Versammlung abgehalten mit dem Thema: „Beweise über das Dasein Gottes“. Da waren 2000 Berliner Männer, darunter mehr als 800 Gegner, die dieses Thema angehört, sich begnügt haben und demnächst ganz still und ruhig, ohne polizeiliche Zuhilfenahme, nach Hause gegangen sind. Das hat der Fortschritt nie geleistet! Das Christliche beherrscht die Geister, der Fortschritt entsezt sie. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir halten seitdem in diesem Jahr Sozialdemokraten, Juden und Fortschrittlern unsere Versammlungen förmlich unterbrochen haben, keine öffentlichen Volksversammlungen mehr ab, sondern sehen uns die Leute an, welche kommen. Seitdem stehen wir uns besser. Zwischen Sozialen und Sozialisten ist ein tiefer Unterschied. Sozialistisch ist die Forderung, daß alles Privateigentum kollektiv werden solle. Sozial ist nichts Anderes als die gesellschaftliche Auffassung der Dinge. Was ich will, ist nur die Organisation, in der die Arbeiter sich als Brüder fühlen sollen. Ich bin erstaunt, daß der Abg. Richter keinen Schmerz hat für den Nothzettel der viel bedrängten Handwerker, der ruinierten Existenz hier in Berlin und im Lande. Ich weise hier, auf dieser Stelle, noch einmal auf den Nothstand in Oberösterreich hin. Haben wir es denn nicht amtlich zu erfahren bekommen, daß es Wucher ist, meist jüdischer Art, unter dem die ganze Kraft zu Grunde geht? Die Judenfrage ist für mich keine religiöse, auch keine Rassenfrage, sondern eine sozial-ethische. Sie besteht darin, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem andern Stamm angehörig, in der Religion, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen von uns verschieden, mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Position einnehmen, welche dem Zahlverhältnis der jüdischen Bevölkerung absolut nicht entspricht. Begabt mit einer starken Kapitalkraft und auch mit vielem Talent, drücken diese Männer auf unser öffentliches Leben; nicht blos in Handel und Gewerbe, sondern auch in kommunalen Angelegenheiten, in den sittlichen Verhältnissen, ja in den kirchlichen Angelegenheiten (Sehr richtig!) wirken sie mit dem Einfluß, den sie haben, und das ist unerträglich. Man sagt, es sei Neid unsererseits. Ich sehe die Männer, welche in dieser Bewegung stehen, und verfüge Sie, ich habe von diesem Neide aus ihrem Munde nichts gehört. Mit der Formel, daß wir der jüdischen Bevölkerung Duldung gewähren sollen, ist die Frage nicht erschöpft; auch daß die Existenz des preußischen Staates an die politische Gleichberechtigung der Konfessionen gefügt sei, kann ich nicht anerkennen. Uebrigens ist das Judentum keine Konfession, es hat kein Bekenntnis. Ich gefeiere zu, daß wir mit den Juden im Frieden leben müssen. Aber das soll Niemand leugnen, daß wir in einem christlichen Staat leben, in dem der Einwohner Christen sind; diese haben ein Recht zu fordern, daß unser Staat als eine christliche Gesellschaft angesehen, von einer christlichen Obrigkeit regiert und nach einer christlichen Geiegebung behandelt wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe keine Antipathie, weder gegen das Volk im Ganzen noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten. Den Vorwurf, daß wir das Judentum an sich proscribieren, wissen wir mit Entschiedenheit von uns. Ich habe meinen Einfluß immer dazu gebraucht, von direkten Angriffen gegen das Judentum abzumachen. Die Antisemitenfrage habe ich nicht begründet, auch habe ich ihr nie angehört. Als ich nach Berlin kam, fand ich einen Banzerfuß des äußeren Kirchenthums vor, der durch nichts mehr hervorgerufen war als durch die Unzufriedenheit der jüdischen Presse. Ich trat in eine Bewegung hinein, die sozialdemokratische, die riesengroß aufgewachsen war. Ich glaube, man kann es nur als einem Geistlichen nicht verargen, wenn ich aus dieser Masse nicht blos den Unwillen des Armen gegen den Reichen, nicht blos den Haß des Atheisten gegen Gott, sondern auch den Nothzettel heraus höre: „Helft uns äußerlich und innerlich!“ Darum bin ich in diesen Angriff hineingeprunzen von dem ich nicht wußte, wie tief er war. (Lebhafte Beifall rechts.) Mir ist vorgeworfen, ich hätte das Christliche zum Deckmantel meiner Bestrebungen genommen. Ich würde mir nicht erlauben, einem Anderen solche Vorwürfe entgegenzuschleudern. Wenn ich im alten Testamente die Aschamung gefunden habe, daß alle Menschen Haushalter seien, daß das Trachten nach unermittelbarem Reichtum den Menschen nichts Gutes bringe und Barmherzigkeit gegen den Armen, das höchste Gesetz sei — habe ich dann Unrecht gethan, wenn ich dies in die Arbeiterkreise hineinriet? Etwas Anderes habe ich nicht getan. Das heißt gewiß nicht, daß Christentum zum Deckmantel für politische Bestrebungen machen, und ich kann hier als ehrlicher Mann erklären: Mich hat Niemand hinausgezickt, ich bin von Niemand unterstützt; ich habe im Gegenteil viel Feindschaft erfahren und habe diese laue Arbeit mit wenigen Freunden auf meinen Schultern getragen! Das verdient nicht, daß man mich hier als einen Mann beleidigt, der irgend etwas sucht oder erstrebt. (Lebhafte Beifall rechts.) Warum hat der Abgeordnete Richter nicht lieber unser Programm zitiert? Wir fordern darin: 1) obligatorische Schulen, 2) obligatorische Versicherungen, 3) einen Ausgleich von indirekten Steuern und einer mäßigen Progresssteuer, 4) Staatsbetrieb. Das ist doch kein sozialistisches Programm im Sinne der Sozialdemokraten. Die jüdische Frage hatte ich in meinen Versammlungen kaum erwähnt. Sie ist mir aufgezwungen worden durch das Verfahren der Presse. Die jüdische Presse hat keine Scheu, keine Scham vor irgend etwas, was uns Christen heilig ist. (Sehr wahr!) Man kann sich wohl nichts Unschuldigeres denken, als Versammlungen von Geistlichen, die in Freundschaft und Harmonie zusammenkommen. Diese Versammlungen sind immer beschimpft worden. Von einer Missionsversammlung hieß es, es sei eine Versammlung himmlischer Käffernfänger. Das sagt man von Männern, die mit Heldenmuth das Christentum verbreiten! Bezuglich der Augustkonferenz hieß es: „Eracez l'infâme! Weg mit dem Raum!“ (Sehr wahr!) Wo ist da die Ordnung, wo die Unordnung? Auch die Generalsynode ist auf das Traurigste beschimpft worden. (Abg. Birchom lacht.) Es thut mir leid, daß Sie darüber lachen können, Herr Abgeordneter! (Beifall rechts.) Die „Frank. Ztg.“ sprach einst das Überhandnehmen der Selbstmorde und kam zu dem Schlusse, daß dies in dem Christentum und dem Militärs seinen Grund habe. Trotz dieses Charakters der Presse habe ich das Judentum niemals angegriffen, sondern ich habe erst auf einen Vorfall reagiert, den ich als Geistlicher nicht vorübergehen lassen konnte. Es war dies der verhängnisvolle Wort Straßmann's von den „Ketzern“, welche lieber die Andersgläubigen verbrennen möchten, und den Bipern, welche die Jungen der Orthodoxie seien“. Herr Straßmann kennt unsere sogenannte Orthodoxie nicht. Ich habe kein höhers

für meine kirchlichen Anschauungen, als die Freiheit, die er mir gewährt. Freilich kann ich nicht wünschen, daß Leute, welche mit dem Glaubensbekenntnis der Kirche nicht einverstanden sind, in der Kirche ihre Stellung dazu gebrauchen, das Glaubensbekenntnis anzugeben. Ich muß auch einem jüdischen Nittbürger das Recht absprechen, sich in Wahlversammlungen in unsere Angelegenheiten einzumischen. (Sehr richtig!) Ich habe Versammlungen abgehalten, in denen ich die Judentagsfrage behandelte und zwar sehr milde. (Widerpruch links. Rufe rechts: „Habe dort in der Minderheit!“) Wenn ich dort unseren jüdischen Nittbürgern die Mahnung zurief, ein klein wenig bescheiden zu sein, etwas mehr soziale Gleichheit walten zu lassen: ist denn das eine Verlängerung gewesen an der Majestät des Judentums? (Widerpruch rechts.) Noch nie in meinem Leben haben sich soviel Israeliten an mich gewandt, um Unterricht im Christenthum zu erhalten, wie in diesem Monat. Das Christenthum muss durchdringen mit der siegreichen Gewalt des Geistes! Die vorliegende Frage ist keine wissenschaftliche, wie gesagt ist, sondern eine Frage der geistigen Gelehrsamkeit. Es ist ganz unmöglich, eine solche Frage von der öffentlichen Diskussion auszuschließen. Wie wollen Sie an das Volk kommen, wenn Sie nicht in das Volk hineingehen? Ich habe einfach die christlich-sozialen Anschauungen in das Volk hineingegeben, das ich so liebe! Während man Anfangs die Bewegung verachtete, betrachtet man sie jetzt sehr ernsthaft, seitdem in einzelnen Wahlbezirken der Abg. Straßmann unterlegen ist. Das war der Anfang eines Sturmes der Entrüstung, welche ich nicht begreife. Wenn der Fürst Reichsfanzler seine mühevollen Stellung aufgeben wollte, dann wäre es nicht blos, er könnte geben, sondern er müsste geben. Wenn dagegen der Stadtverordnetenvorsteher in einem Wahlbezirk durchfällt, dann thut man, als ob ganz Berlin einfiele! (Sehr richtig!) (Rufe links: „Haben Sie sie unterschrieben?“) Nein! (Rufe links: „Hier steht es aber!“) Ich bin bei der Berathung derselben aufgezogen worden. Ich wünschte insbesondere eine statistische Aufnahme über die Berufszweige der Juden und bitte den Herrn Minister, wenn irgend möglich, bei der nächsten Volkszählung eine solche anstellen zu lassen. Wir werden dann das Material vor Augen haben, das uns zu einer förderlichen Behandlung der Frage führen kann. Die Petition war eine Notwendigkeit, weil sie das praktische Ziel unserer Agitation enthält. Sie bezweckt keineswegs die Beschränkung der staatsbürgerschen Rechte der Juden. Von einer Masseneinwanderung ist gar nicht die Rede. Ich bemerke, daß ich die Petition allerding nachdrücklich unterzeichnet habe. Der zweite Punkt sagt nicht, daß die Juden von obrigkeitlichen Amtmännern überhaupt, sondern nur von autoritativen fern gehalten werden sollen. Ich glaube, man wird es mit in der That als wünschenswerth zugeben, daß da, wo der Einzelne zugleich der persönliche Träger der ganzen obrigkeitlichen Gewalt sei, sich ein Mann befinden muß, der mit dem gesammelten Leben der Nation in Harmonie steht. Dies gilt namentlich von der Stellung des Einzelrichters. Mir sind Fälle bekannt, wo ein Einzelrichter Jude war, die beiden Schöfften gleichfalls. Das ist in der That kein wünschenswerther Standpunkt. Es kommt vor, daß Christen vor einem jüdischen Richter nicht schwören wollen; das Richteramt beruht doch auf dem Vertrauen des Volkes, wie jedes obrigkeitliche. Wie stark der Einflug des jüdischen Elements in der Fußgängerreihe ist, sehen Sie daran, daß unter den 150 Referendarien beim Amtsgericht I. in Berlin sich 43 Juden befinden. Der dritte Punkt der Petition bildet eine beständige konservative Forderung. Mir ist ein Fall bekannt, daß ein jüdischer Sulttan-Schullehrer neben seinem Amt das Geschäft der Geheim-Vermittelung betrieb, als ihn die Schulbehörde auf das Unpfändbare hinwies, erklärte, nach jüdischen Begriffen sei das keineswegs unpassend. Dieser Vorfall zeigt, wie tief verschiedene Anschauungen der Juden von den unserigen sind. Die jüdische Literatur weist nicht eine Anerkennung des Christentums, sondern nur schroffe Abweisungen desselben und andererseits Verherrlichungen des Judentums auf. Ein Dr. Kaufmann schreibt ja selbst: Das Judentum von heute ist im Erwachen und Erstarken seines nationalen Bewußtseins begriffen. Und wenn Grémier sagt, die Alliance israélite solle ein neues Reich gründen, so paßt das doch nicht recht für einen Wohlthätigkeitsverein. Der Vertheidiger des Judentums in Dänemark, Dr. Brandes, kann weiter nichts thun, als die christliche Kultur in den Staub zu ziehen. (Widerpruch: Er ist kein Jude! Er ist Atheist! — Schad' nichts! Der Jude wird verbannt!) Führen Sie doch nicht immer das Vermächtnis Lessing's an; ein literarisches Ereignis, welches 100 Jahre alt ist, paßt nicht für unsere politischen Verhältnisse. Der Nathan im Lessing'schen Schauspiel ist kein Jude, der Christ kein Christ, der Muhammedaner kein Muhammedaner; der Jude Nathan ist ein Christ! (Heiterkeit links. Rufe: Und Stöcker ist ein Jude!) Mommsen hat die Juden ein Element der nationalen Dekomposition genannt; man kann doch nicht sagen, daß die jetzt treu zusammen gehorben werden mit dem deutschen Stämme? In der Erklärung der Notabeln wird von dem gleichen Recht und der gleichen Sonne gesprochen. Wir verlangen weiter nichts; wir fordern auch nur gleiches Recht für unsere christlichen Bestrebungen. Der Abgeordnete Richter hat nun den Mythus wieder vorgetragen, daß die Leute, welche in den Schwindeljahren sich an den Gründungen befehligen, auf der konservativen Seite gefestigt. Mich hat dies indignirt. Es ist diese Debatte eine Abrechnung für die Unwahrheit, welche damals gesagt wurde; der vierte Theil derselben, welche die Erklärung unterrieben haben, haben sich damals an jenem Hexentanz um das goldene Kalb betheiligt. (Lebhafte Widersprüche. Rufe: Namen! Namen!) Die werde ich Ihnen in den Zeitungen nennen. (Rufe: Kein hier! sofort!) Die weitgetriebene jüdische Konkurrenz drückt die Löhne herab, das wird auch in der „Konkordia“ anerkannt, für welche auch der fortgeschrittenen Arbeitnehmer Dr. Max Hirsch schreibt. (Widerpruch) Die soziale Frage ist auch wesentlich eine Lohnfrage; die sollte man nicht noch verschärfen. Der Druck, welchen das Judentum auf Grundbesitz, Handel und Gewerbe ausübt, ist einer der Gründe der Verschärfung der sozialen Fragen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind gewiß geneigt der Minorität das Privilegium der lieblichsten, freundlichsten Behandlung zuzugestehen, aber nur, wenn sie gegen die Mehrheit mit der richtigen Bescheidenheit auftritt. Wer Wind fügt, wird Sturm ernten, und wenn der Sturm kommen sollte, ist es nicht die Minorität, welche ihn aushalten muß, sondern die große Masse der Nation. Als in Berlin eine Leiche gefunden wurde, da erschien ein jüdischer Kreisphysikus, ein jüdischer Amtsrichter und ein jüdischer Referendar, nur die Leiche war deutsch. (Heiterkeit.) Wir wünschen nicht, daß dieses das Schicksal der Stadt Berlin werden möchte. Wir wollen unser Volk lebendig erhalten im kirchlichen Leben. (Zuruf: Lassen Sie sich begraben! Beifall rechts.) (Schluß im erweiterten Abendblatte.)

die Erweiterung des Wahlrechts, die Berücksichtigung der Bedenken wegen der Schule, die Autonomie unbeschadet der Reichseinheit. Ferner legt der konservative Parteitag dagegen Verwahrung ein, daß der liberale Parteitag das gesammte oder auch nur die Mehrheit des deutschen Österreich vertrete und protestiert gegen eine Verhebung der Böller; dagegen spricht sich derselbe für eine fruchtbare Tätigkeit zu Gunsten der Landwirtschaft und der Gewerbe aus.

**Bpest.** 22. Novembr. Die Fusion der vereinigten Opposition mit den sogenannten Parteiens ist gestern faktisch erfolgt, die formelle Konferenz findet aber erst in der nächsten Woche statt. Der Klub der neuen Partei, in welchen sich bisher 70 Abgeordnete, darunter auch Sennye und Bitto, einschreiben ließen, führt den Namen Oppositionsklub. — Die Enquetekommission für die Reform der Verwaltung begann gestern ihre Berathungen. Der Ministerpräsident erklärte dabei, das Aufgeben des Systems der Beamtenwahl müsse wohl erwogen werden, die Verwaltungsausschüsse aber sollten nicht aufgehoben werden, sie bedürfen nur betreffs ihrer Zusammensetzung und ihres Wirkungskreises einer Modifikation. Sennye trat für Ernennung der Beamten ein. Die Berathung wird heute fortgesetzt.

**Agram.** 22. Novbr. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und am Sonntag Nachmittag wurden abermals lokale Erderschütterungen wahrgenommen.

**Dublin,** 22. Novbr. Gestern fand in Killamore bei Longhrea ein von der Landliga veranstaltetes Meeting statt, welchem gegen 15,000 Pächter und Zinsleute beiwohnten und wobei äußerst heftige Reden gegen die Grundherren und gegen die Regierung gehalten wurden.

## Briefkasten.

**Korrespondent in Schrimm.** Wollen Sie Ihre Korrespondenzen gütigst an die Redaktion adressieren, da dieselben sonst nothwendig Verzögerung erleiden.

H. Die Angelegenheit der Wiedererstattung der Schlachtfeste für trichinos befundene und vernichtete Schweine ist in der Stadtverordnetenversammlung am 17. d. M. verhandelt worden, über welche der Bericht in Nr. 814 der „Posener Zeitung“ enthalten ist.

**Verantwortlicher Redakteur:** H. Bauer in Posen. —

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. rezip. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gef. Grad.
22. Nachm.	76,0	SD mäßig	trübe	+ 1,8
22. Abends.	75,6	SD mäßig	bedeckt	+ 3,0
23. Morgs.	75,9	W schwach	bedeckt	+ 1,7
Am 22.	Wärme-Maximum + 3,5 Cels. Wärme-Minimum - 1,7	-	-	-

## Wasserstand der Warthe.

Posen, 21. am . November Mittags 2,46 Meter.

22. = . = 2,46 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 22. Novbr. (Schluß-Course.) Matt auf berliner Notierungen.

Vond. Wechsel 20,365. Pariser do. 80,55. Wiener do. 172,10. R.-M. St. A. 147, Rheinische do. 158, Hess. Ludwigsh. 95, R.-M. Br. Ant. 131, Reichsanl. 100, Reichsbank 146, Darmst. 152, Steininger 96, Ostf.-ung. Br. 704,50. Kreditaktien\* 245, Silberrente 62, Papierrente 61, Goldrente 74, Ung. Goldrente 92, 1860er Loope 122, 1864er Loope 312,50, Ung. Staatsl. 220,20. do. Ostb.-Ob. II. 84, Böhm. Westbahn 205, Elisabethb. 172, Nordwestb. 159, Galizier 23, Franzosen\* 240, Lombarden\* 76, Italiener 1877er Russen 91, ll. Orientanl. 57, Zentr.-Pacific 111, Diskonto-Kommandit — Elbthalbahn — 1880er Russen 70, 4 Prozent. Obligationen der Stadt Stockholm — Lothringer Eisenwerke —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 244, Franzosen 240, Galizier ungar. Goldrente — ll. Orientanleihe — 1860er Loope —, ll. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhm. Westb. — \* per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 22. Novbr. Effetten-Societät. Kreditaktien 244, Franzosen 239, Lombarden 77, 1860er Loope —, Galizier 23, österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente 92, ll. Orientanleihe —, öster. Silberrente 62, Papierrente —, ll. Orientanl. —, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Schwach.

**Wien**, 22. November. (Schluß-Course.) Montanwerthe und Angloaktien lebhaft begehrt, übrige Werthe schwankend, Schluß ruhig. Papierrente 72,22, Silberrente 73,30. Oesterl. Goldrente 86,90, Ungarische Goldrente 107,70, 1864er Loope 122,70, 1860er Loope 131,50, 1864er Loope 173,50, Kreditloose 179,00, Ungar. Prämiens 109,70, Kreditaktien 286,10, Franzosen 278,50, Lombarden 89,50, Galizier 275,00, Kaiser-Oberb. 131,00, Pariburg 141,50, Nordwestbahn 186,00, Elisabethbahn 201,50, Nordbahn 244,60, Oesterreich. ungar. Bank —, Zürf. Loope —, Unionbank 111,80, Angl.-Austr. 129,50, Wiener Bankverein 146,20, Ungar. Kredit 258,75, Deutsche Plätze 57,45, Londoner Wechsel 117,50, Pariser do. 46,40, Amsterdamer do. 97,00, Napoleon 9,62, Duitzen 5,62, Silber 100,00, Marcknotes 58,05, Russische Banknoten 1,18, Lemberg-Zernowiz 168,50, Kronpr.-Studolf 164,00, Pram-Josef 177,50.

Nachbörsen: Gedrückt durch die berliner Notierungen. Kreditaktien 284,70, Franzosen 278,00, Papierrente 72,02, ungarische Goldrente 107,47, Wien, 22. November. Abendbörse. Kreditaktien 286,50, Franzosen 279,25, Galizier 274,00, Anglo-Austr. 129,60, Papierrente 72,12, ung. Goldrente 107,75, Lombarden 90,25, öster. Goldrente 86,80, Marknoten 58,12, Napoleon 9,37, 1864er Loope —, öster. - ungar. Bank —, Nordbahn —. Fest.

**Florenz**, 22. Novbr. 5 p.C. Italienische Rente 90,90, Gold 20,97. **Petersburg**, 22. November. Wechsel auf London 24,5, ll. Orientanleihe 90, ll. Orientanleihe 90.

**Paris**, 22. November. (Schluß-Course.) Matt. 3 prozent amortisirb. Rente 87,40, 3 prozent. Rente 85,60, Anleihe de 1872 119,10, Italienische 5 prozent. Rente 87,44, Oesterl. Goldrente 74, Ungar. Goldrente 94, Russen de 1877 95, Franzosen 607,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 192,50, Lomb. Prioritäten 274,00, Türk. de 1865 10,47, 6 prozent. rumänische Rente.

Credit mobilier 650,00, Spanier exter. 21,5, do. inter. 20,5, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 528,00, Societe gen. 575,00, Credit foncier 1335,00, Egypt 329,00, Banque de Paris 1140,00, Banque descompte 815,00, Banque hypothecaire 610,00, ll. Orientanleihe 57,7, Turkei-loose 31,50, Londoner Wechsel 25,30.

London, 22. Novbr. Consols 100, Italienische 5 prozent. Rente 86,5, Lombarden 7,5, 3 prozent. Lombarden alte 10,5, 3 prozent. do. neue 5, prozent. Russen de 1871 88,5, prozent. Russen de 1872 88,5, 5 prozent. Russen de 1873 90,5, 5 prozent. Türkei de 1865 10,5, 5 prozent. fundierte Amerikaner 104, Oesterl. Silberrente 63,5, do. Cenierrente —, Ungarische Goldrente 93,4, Oesterl. Goldrente 73,5, Spanier 21,5, Egypeter 65,5.

Breis. 4 prozent. Consols 100, 4 prozent. bair. Anleihe 99,5, Türkei —, 1873er Russen —, Stetig. Blatzdiskont 2,5 p.C. Newyork, 20. Novbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in G. 4 D. 80 C. Wechsel auf Paris 5,25, 5 p.C. fund. Anleihe 101,5, 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 111,5, Erie-Bahn 45, Central-Bahn 114,5, Newyork. Centralbahn 145, Chicago-Eisenbahn 140.

## Produkten-Course.

**Köln**, 22. Novbr. (Getreidemarkt.) Weizen loko 22,50 fremder Loco 23,50, pr. November 22,40, pr. März 22,70, pr. Mai 22,70, Roggen loko 22,50, pr. November 20,95, pr. März 20,75, pr. Mai 20,40, Hafer loko 15,50, Rüböl loko 30,50, pr. Oktober —, pr. Mai 29,90.

**Hamburg**, 22. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loko unverändert, auf Termine ruh. Roggen loko unverändert, auf Termine ruh. Weizen ver November 203 Br., 202 Br., ver April-Mai 214 Br., 213 Br. Roggen ver November 208 Br., 206 Br., ver April-Mai 196 Br., 195 Br. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig. loko 57, ver Mai 57,5, Spiritus matt, ver November 50,5 Br., ver Dezember 49,5 Br., ver Januar-Februar 49,5 Br., pr. April-Mai 49,5 Br. Raffee fest, Umtaz 3000 S. Petroleum geschäftslos, Standard white loko 10,00 Br., 9,80 Br., ver November 9,80 Br., ver Dezember 10,10 Br. — Wetter: Nobel.

**Bremen**, 22. Novbr. Petroleum. (Schlußbericht.) Mühlig. Standard white loko 9,65 Br., ver Dezember 9,65 Br., pr. Januar-März 9,85 Br.

**Paris**, 22. Novbr. Produktionsmarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend, pr. Novbr. 30,00, pr. Dezember 29,40, Januar-April 29,00, pr. März-Juni 28,90. Roggen fest, ver November 24,50, pr. März-Juni 23,25. Mehl steigend, pr. November 61,75, pr. Dezember 61,50, pr. Januar-April 60,75, März-Juni 60,50, Rüböl ruhig, pr. November 75,50, ver Dezember 76,00, pr. Januar-April 77,00, Mai-August —, Spiritus fest, ver November 60,75, ver Dezember 60,50, ver Januar-April 60,50, Mai-August 59,50. — Wetter: Kalt.

**Paris**, 22. November. Rohzucker 88 fest, loko 54,50 à 54,75, Raffinierter —, Weißer Zucker ruhig, Br. 3 ver 100 Kgr. per November 61,50, Dezember 61,25, ver Januar-April 62,50.

**London**, 22. Nov. An der Küste angeboten 12 Weizenladungen.

**London**, 22. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremder Weizen 1—1½ lb., Mehl ½—1 lb., flacher Mais und Hafer ½—¾ lb. als vergangenen Montag. Angekommene Weizenladungen anziehend.

**London**, 22. November. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 13. bis zum 19. November: Englischer Weizen 4433, fremder 77,093, engl. Gerste 3086, fremder 14,976, engl. Malzgerste 13,322, engl. Hafer 944, fremder 63,512 Dutrs. Englischches Mehl 24,984, fremdes 23,786 Sac und 6290 Tas. — Glasgow, 22. Novbr. Roheisen. Mixed numbris warrants 52 sh. 6 d.

## Produkten - Börse.

Berlin, 22. November. Wind: NO. Wetter: Trübe. Weizen per 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert, f. weißer Uferm. — M. ab Bahn bez., gelber — M. ab Bahn bez., weiß. Poln. — M. ab Bahn bezahlt, per November 212 bez., per November-Dezember 211—210½ bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 218—217—217½ bez., Mai-Juni 218—218—218½ bez. Gefundt 21000 Str. Regulierungspreis 211 M. — Rogen per 1000 Kilo loko 215—222 M. nach Qualität gef., russischer — ab Kahn bez., inländ. 216—218 M. ab Bahn bez., seiner — M. ab Bahn bez., defekt, m. stark. Ausm. — M. ab Bahn bez., per November 216—215—215½ bez., per November-Dezember 213½ 212—213½ bez., per Dezember-Januar 212—211—211½ bez. G. — per Januar-Februar — bez., per April-Mai 204—203—203½ bez., per Mai-Juni 200—199½—200 bez., per Juni-Juli — bez. Gefundt 3000 Str. Regulierungspreis 215 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafner per 1000 Kilo loko 147—168 nach Qualität gefordert, russischer 148—154 bez., öst- und westpreußischer 151—157 bez., pommerischer und mecklenburgischer 155 bis 158 bez., schlesischer 151—157 bez., böhmischer 151—157 bez., per November 152—152½ bez., per November-Dezember 151 bez., per Dez.-Jan. — bez. April-Mai 153½ bezahlt. Gefundt 2000 Str. Regulierungspreis 152½ bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 195—215 M. Futterware 182—191 M. — Mais per 1000 Kilo loko 140—143 n. nach Qualität gef., per April-Mai 189—188 bez., per November 140—139½ bez., per Dezember 142 M. — per Januar 143½ M. rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab B. bez. Gefun-

Berlin, 22. November. Obgleich von den auswärtigen Börsenplänen im Allgemeinen günstige Notirungen vorlagen und der hiesige Platz überhaupt keinen sachlichen Grund hat, in eine mattre Stimmung überzulenken, so zeigte doch das heutige Geschäft alle Anzeichen einer eintretenden Schwäche. Mit der hervorruhenden Ultimoregulierung wird man diese Erscheinung nicht im Zusammenhang bringen können, denn im Gegentheil zu den beiden letzt vorangegangenen Monaten tritt der Umstand auffällig in den Vordergrund, daß die Börse dies Mal sich durchaus nicht beeilt, mit der Regulierung zu beginnen. Einerseits läßt dies aber darauf schließen, daß das Engagement nur von großem Umfang sein kann und andererseits dokumentiert sich hierin,

### Fonds- u. Aktien- Börse.

Berlin, den 22 November 1880.	Pomm. & B. I. 120 5	105,00 G
Brennische Fonds- und Geld- Course.	do. II. IV. 110 5	101,75 G
Consol. Anleihe	4 104,80 bʒ	Pr. G.-B.-Pfdbr. fd. 4 102,50 G
do. neue 1876	4 100,00 bʒB	
Staats-Anleihe	4 99,90 bʒ	do. unf. rück. 110 5
Staats-Schuldsch.	3½ 98,50 bʒ	do. (1872 u. 74) 4
Od.-Deich.-Ob.	4 100 5	do. (1872 u. 73) 5
Berl. Stadt-Ob.	4 103,40 B	do. (1874) 5
do. do.	3½ 94,50 bʒ	Pr. Hyp.-A. B. 120 4
Schuldv. d. B. Kfm.	4 100 5	104,00 B
Pfandbriefe:	do. 102,75 bʒ	do. do. 110 5
Berliner	5 106,75 bʒ	105,25 bʒG
do.	4 102,75 bʒ	Saaleif. Bod.-Cred. 5
Landisch. Central	4 98,80 bʒ	103,60 G
Kurz- u. Neumärk.	3½ 94,00 G	do. do. 4 103,75 G
do. neue	3½ 91,50 bʒ	Steckner Nat. Hyp. 5
do. neue	4 99,00 B	100,60 G
N. Brandenburg.	4 99,20 G	Kruppsche Obligat. 5
Ostpreußische	3½ 89,10 bʒ	107,70 bʒG
do.	4 98,75 bʒ	
do.	4 100,50 B	Amerik. rdz. 1881 6
Pommersche	3½ 88,75 bʒ	do. do. 1885 6
do.	4 98,70 bʒ	do. Bds. (fund.) 5
do.	4 101,90 B	100,00 bʒB
Posensche, neue	4 99,20 G	Norweger Anleihe 4
Sächsische	4 91,40 G	Neworf. Std.-Anl. 6
Schlesische altl.	3½ 91,40 G	Desterr. Goldrente 4
do. alte A.	4 98,75 bʒ	Von-Piente 4
do. neue I.	4 100,50 B	Silber-Piente 4
Westpr. rittersch.	3½ 90,80 bʒ	250 fl. 1854 4
do.	4 99,20 bʒ	do. Gr. 100 fl. 1858 —
do. II. Serie	5 102,10 G	329,00 B
do. neue	4 102,10 G	do. Lott.-A. v. 1860 5
Rentenbriefe:	do. 102,10 G	122,25 bʒ
Kurz- u. Neumärk.	4 99,80 G	do. do. 1864 5
Pommersche	4 99,70 bʒ	312,20 bʒG
Posensche	4 99,30 bʒ	Ungar. Goldrente 6
Preußische	4 99,20 G	92,50 bʒ
Rhein- u. Westfäl.	4 100,20 bʒ	do. St.-Gibl. Art. 5
Sächsische	4 100,00 B	88,80 bʒ
Schlesische	4 100,00 bʒ	do. Loose 222,10 bʒB
20-Frankstücke	16,14 bʒ	do. Schatzk. I. 6
do. 500 Gr.		do. do. kleine 6
Dollars	16,69 bʒ	do. do. II. 6
Imperials	13,93 bʒ	Italienische Rentie 5
Engl. Banknoten	20,45 bʒB	86,40 bʒG
do. einlösbg. Leipz.		do. Tab.-Obig. 6
Französ. Banknot.	80,65 bʒG	107,00 G
Desterr. Banknot.	172,65 bʒ	Finanische Looie —
do. Silbergulden		49,40 bʒ
Russ. Noten 100 Rbl.	204,75 bʒ	Fluß. Centr.-Bod. 5
Deutsche Fonds.		77,00 bʒ
Östsch. Reichs-Anl.	4 100,00 bʒ	do. Engl. A. 1822 5
Ps.-A. v. 55 a 100 Th.	3½ 148,60 bʒ	do. do. A. v. 1862 5
Hess. Prsch. a 40 Th.	— 285,00 B	88,30 bʒ
Bad. Pr.-A. v. 67.	4 133,20 B	Russ. fund. A. 1870 5
do. 35 fl. Obig.	173,60 bʒ	88,90 bʒ
Bair. Präm.-Anl.	4 135,40 bʒ	do. do. 1871 5
Braunsch. 20 thl.-L.	97,60 bʒG	88,90 bʒ
Brem. Anl. v. 1874	4 99,30 B	do. do. 1872 5
Göln.-Md.-Pr.-Anl.	3½ 131,60 G	91,50 bʒ
Def. St.-Pr.-Anl.	3½ 120,50 bʒ	do. 100 fl. 2 M.
Götz. Pr.-Pfdbr.	5 119,40 bʒ	London 1 Bfr. 8 £.
do. H. Abth.	5 117,25 bʒ	Paris 100 Fr. 8 £.
Hb. Pr.-A. v. 1866	3 186,00 bʒ	Alg. Btp. 100 fl. 3 £.
Lübeck. Pr.-Anl.	3½ 182,50 bʒ	do. do. 100 fl. 3 M.
Metzb. Eisenbank.	3½ 91,40 bʒ	172,15 bʒ
Meininger Loose	— 26 25 G	Wien öst. Währ. 2 £.
do. Pr.-Pfdbr.	4 123,30 bʒ	171,15 bʒ
Oldenburger Loose	3 151,75 bʒG	Wien öst. Währ. 2 M.
D.-G.-C.-B.-B. 110 5	106,20 B	203,80 bʒ
do. do.	4 101,75 G	Petersb. 100 R. 3 M.
Dtsch. Hypoth. unf.	4 100,25 bʒG	201,25 bʒ
do. do.	4 101,50 bʒG	Wartshau 100 fl. 3 £.
Mein. Hyp.-Pf.	4 101,00 G	204,10 bʒ
Ardö. Ordfr.-P.-A. 5	99,60 G	*) Wechsel-Course.
do. Hyp.-Pfdbr. 5		Amsterd. 100 fl. 3 £.
		London 1 Bfr. 8 £.
		Paris 100 Fr. 8 £.
		Alg. Btp. 100 fl. 3 £.
		do. do. 100 fl. 3 M.
		Wien öst. Währ. 2 £.
		172,15 bʒ
		Wien öst. Währ. 2 M.
		171,15 bʒ
		Petersb. 100 R. 3 M.
		203,80 bʒ
		Petersb. 100 R. 3 M.
		201,25 bʒ
		Wartshau 100 fl. 3 £.
		204,10 bʒ
		*) Binsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 v. Gt. Bankdistrikte in Amsterdam 3, Bremen — Klein-Wetz. Ind. 4
		Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 v. Et.

dig 2000 Str. Regulierungspreis 140 M. — Weizen mehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50—30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggen mehl infl. Sac 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00—28,00 M. — Rogen mehl infl. Sac 0: 28,90—28,85 bez., per November-Dezember 28,90—28,85 bez., per Dezember-Januar 28,90 bis 28,85 bez., per Januar-Februar 28,90—28,85 bez., per Februar-März — M. — Delsaat ver 1000 Kilo Winterrap. — M. Winterrüben — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fas 54,5 M., flüssig — M. mit Fas 54,8 M. November 54,9 bez., per November-Dezember 54,9 bez., per Dezember-Januar 54,9 bez., per Januar-Februar 55,4 bez., per Februar-März — bezahlt per April-Mai 57,4 bezahlt., Mai-Juni — bez. Gefundt 3 Str. Regulierungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 31,0 M. November 29,5 bezahlt, per November-Dezember 29,6 bezahlt, per Dezember-Januar 29,6 bezahlt, per Januar 29,9 bez., per Januar-Februar 29,7 bez., per Februar-März — bez., per April-Mai — bez. Gefundt 3 Str. Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 57,3—56,8 bez., per November 57,2—56,4 bez., per November-Dezember 56,3—55,8 per Dezember-Januar 56,3—55,8 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 57,3—57,0 bez., per Mai-Juni 57,5—57,2 bez., Juni-Juli — bez. Gefundt 50000 Liter. Regulierungspreis 56,7 M. (Berl. Börs.-Atg.)

Bromberg, 22 November 1880. [Bericht der Handelsstamml.] Weizen: unv., hellkunst 200—210, hochkunst und glasig 210—220, abfall. Dual 160—190 Mark — na g'en: fest, feiner, loko inländ.

200—205 M. ger. nach Qualität 175—190 Mark. — Gerste: fine Brauware 160—170 M., große 150—160 Mark. kleine 135—140 M. — Hafner: loco 140—150 Mark. — Erbsen: Kochware 180—190, weißer 200—212 M. — ver November 215 M. nom. — Frühjahr 216 M. Br. — Roggen matter, per 1000 Kilo loko inländische 200—209 M., Libauer 117—118 Pfnd. cif. 200 M. tr. Gd. russischer 204—209 M. Nov. 210,5—210 M. Br. — ver Novbr.-Dezember 201 M. bez., per Mai-Juni 198—198,5 M. bez. Gerste ohne Handel, pr. 1000 Kilo loco märf. — M. — Hafner unverändert, per 1000 Kilo loko 140—150 M. — Erbsen märf. per 1000 Kilo loko Futter 170—180 M., Koch 180—188 M. — Blaais unverändert, per 1000 Kilo loko 144—147 M. — Winterrüben unverändert, per 1000 Kilo loko per April-Mai 258 M. bez. Rüböl ruhig, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinleger 56,5 M. Br. per November 55 M. B. November-Dez. — M. — per April-Mai 57,25 M. — Spiritus matt, per 10,000 Liter v. Et. loko ohne Fas 56,8 M. bz. mit Fas — per November 56,8 M. bez. u. per Novbr.-Dezember 55,6 M. Br. n. G. — per Frühjahr 56,5 M. bz. B. und Gd. Mai-Juni — M. bz. Angemeldet: — Ctr. Roggen 210,5 M. Rüböl 55 M. Spiritus 56,8 M. — Petroleum loko 10,60—10,7—10,75 M. trans. bez., alte Usanze — M. tr. bez. — Regulierungspreis 10,7 M. tr.

Stettin, 22 November. (An der Börse.) Wetter: bewölkt + 2 Grad N. Barometer 28,4 — Wind: SO. Weizen unveränd., per 1000 Kilo loko gelber 200—210 M. geringe 180—199, weißer 202—212 M. — ver November 215 M. nom. — Frühjahr 216 M. Br. — Roggen matter, per 1000 Kilo loko inländische 200—209 M., Libauer 117—118 Pfnd. cif. 200 M. tr. Gd. russischer 204—209 M. Nov. 210,5—210 M. Br. — ver Novbr.-Dezember 201 M. bez., per Mai-Juni 198—198,5 M. bez. Gerste ohne Handel, pr. 1000 Kilo loko märf. — M. — Hafner unverändert, per 1000 Kilo loko 140—150 M. — Erbsen märf. per 1000 Kilo loko Futter 170—180 M., Koch 180—188 M. — Blaais unverändert, per 1000 Kilo loko 144—147 M. — Winterrüben unverändert, per 1000 Kilo loko per April-Mai 258 M. bez. Rüböl ruhig, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinleger 56,5 M. Br. per November 55 M. B. November-Dez. — M. — per April-Mai 57,25 M. — Spiritus matt, per 10,000 Liter v. Et. loko ohne Fas 56,8 M. bz. mit Fas — per November 56,8 M. bez. u. per Novbr.-Dezember 55,6 M. Br. n. G. — per Frühjahr 56,5 M. bz. B. und Gd. Mai-Juni — M. bz. Angemeldet: — Ctr. Roggen 210,5 M. Rüböl 55 M. Spiritus 56,8 M. — Petroleum loko 10,60—10,7—10,75 M. trans. bez., alte Usanze — M. tr. bez. — Regulierungspreis 10,7 M. tr.

zu bemerken, daß wir sie etwa 5½ M. unter Wiener Stand notierten Bankaktien waren vernachlässigt, nur die Aktien der Deutschen Bank machten eine Ausnahme, dieselben waren stark für Frankf. Rechnung gestagt. Eisenbahnaktionen trugen eine sehr matte Tendenz und waren selbst die bisher so beliebten österreichischen Bahnbörsen ebenso und konnten ihren bisherigen Kursstand nicht behaupten. — Bei Ultimo notieren: Franzosen 484—481—482,50, Lombarden 153,50—152 bis 152,50, Kreditaktien 493—490, Distrikto-Kommandit-Anteile 176,90 bis 176,60—176,75, Darmstädter Bank 152—151,75—152, Deutsche Bank 146,75—146,50—146,90, Laurahütte 116,40—115,90, Dortmund 82,25—81,75. Der Schluss war fest.

Münster-Hamm 4 99,25 G